

Mündliche Anfragen

zur 15. Fragestunde

in der 60. Plenarsitzung vom 9. März 2023

1. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 9.1.2023

Neustellen für die befristete Übernahme der Koordinierungsstelle der Landesregierung zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

- a) Wie bewertet die Landesregierung den Aufgabenbereich der Neustellen im Zusammenspiel mit dem bereits bestehenden Referentenbüro der Enquetekommission?
- b) Warum sind die Neustellen bis 1. Januar 2026 geplant, obwohl die Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ bis April 2024 abgeschlossen sein soll?

2. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 11.1.2023

Verordnung des Kultusministeriums über den Mindestpersonalschlüssel und die Personalfortbildung in Kindergärten und Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen (Kindertagesstättenverordnung – KiTaVO)

- a) Wie häufig wurde die Möglichkeit der Ausweitung der Gruppen seit Inkrafttreten der um diese Möglichkeit geänderten Verordnung im September 2022 angewandt?
- b) Plant die Landesregierung, die jetzt bestehende Verordnung, die eine Überschreitung der Höchstgruppenstärke ermöglicht, über Juni 2023 hinaus zu verlängern?

3. Anfrage des Abg.
Miguel Klauß AfD

Eingang: 1.2.2023

Begleitetes Fahren ab 16 Jahren (BF 16)

- a) Bietet auch nach Auffassung der Landesregierung die Einführung des begleiteten Fahrens ab 16 Jahren Vorteile in Bezug auf den Erwerb von Fahrpraxis und die selbstständige Lebensgestaltung der Minderjährigen?
- b) Warum hat die Landesregierung selbst noch kein Ersuchen an die Bundesregierung gestellt, das begleitete Fahren bereits für Minderjährige ab 16 Jahren zu gestatten?

4. Anfrage des Abg.
Hans-Peter Storz SPD

Eingang: 1.3.2023

Landesweites Jugendticket

- a) Gab es Schwierigkeiten bei der Einführung des landesweiten Jugendtickets in den Verkehrsverbänden in Baden-Württemberg zum 1. März 2023?
- b) Wie unterstützt die Landesregierung Verkehrsverbände, in denen das Ziel der Einführung zum 1. März 2023 nicht erreicht wurde?

Ausgegeben: 6.3.2023

1

5. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP

Kommunale Spielräume bei freiwilligen Lärmaktionsplänen im Enzkreis

Eingang: 6.3.2023

- a) Inwiefern sieht die Landesregierung – vor dem Hintergrund der Erstellung durch ein Fachbüro – die Ablehnung von vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen eines freiwillig erstellten kommunalen Lärmaktionsplans, beispielsweise in der Gemeinde Ölbronn-Dürren, durch das Landratsamt des Enzkreises als gerechtfertigt an?
- b) Welche Spielräume bleiben Kommunen zum Erreichen eines verbesserten Lärmschutzes im Falle einer Ablehnung von Maßnahmen durch die Landratsämter?

6. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP

Abgrenzung von Zuständigkeiten des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) und der Kommunalaufsicht in den Kreisen und Regierungspräsidien bei der Prüfung von Gemeinderatsbeschlüssen bezüglich Citystreifen

Eingang: 6.3.2023

- a) Wie grenzen sich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den Kommunen fast immer personenbezogene Daten verarbeitet werden, die Zuständigkeiten des LfDI und der Kommunalaufsichten in den Kreisen und Regierungspräsidien hinsichtlich ihrer Zuständigkeiten voneinander ab?
- b) Inwiefern sieht die Landesregierung – vor dem Hintergrund der Beantwortung von Frage a – die Überprüfung des von den Gemeinderäten beschlossenen Einsatzes von Citystreifen in mehreren Gemeinden des Enzkreises und einigen weiteren Gemeinden durch den LfDI statt durch die Kommunalaufsicht als gerechtfertigt an?